

**Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung**

10. Oktober 2016
1 von 1

Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit in Kassel

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.18.159 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, mit allen zulässigen Mitteln und in Zusammenarbeit mit dem Land Hessen Sorge dafür zu tragen, dass die Sicherheit aller Kasseler Bürgerinnen und Bürger im gesamten Stadtgebiet spürbar verbessert wird.

Hierzu gehören unter anderem der verstärkte Einsatz von Fußstreifen, der Ausbau der zum Teil bereits heute vorhandenen Videoüberwachung und der Einsatz von weiterem Sicherheitspersonal an entsprechend gefährdeten Bereichen.

Außerdem soll an den Schulen der Stadt ein entsprechendes Angebot zur Ausbildung in Selbstverteidigung eingerichtet werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: CDU, AfD

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP, Freie Wähler + Piraten

Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit in Kassel, 101.18.159, wird **abgelehnt**.

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Eglin
Schriftführerin